

Änderungsantrag des KV Soest (Beschluss vom 13.04.2023)

Rot: Änderungen/Ergänzungen/Streichungen

Antragstellende des Antrages

Landesvorstand, Nils Böhlke, Hannes Draeger, Roland Wiegel

Eine dauerhafte Lösung, die neben der Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen sämtlicher Akteure auch langfristige Abrüstungsziele umfassen muss, kann nur durch Verhandlungen auf den Weg gebracht werden. Statt zu einer weiteren Verstärkung dieses Krieges beizutragen, muss sich die Bundesregierung endlich für ernsthafte Verhandlungen stark machen, und dazu etwa die Initiativen des brasilianischen Präsidenten Lula und des spanischen Premiers Sanchez aufgreifen. **Die Lieferung von Waffen und Munition, insbesondere von Kampfpanzern und schwerem Gerät, muss beendet werden, um eine Ausweitung des Krieges zu vermeiden. Begrenzte Waffenhilfe für die angegriffene Ukraine (wie Helme, Uniformen, Schutzwesten, Handfeuerwaffen und Gewehre inkl. Munition, Panzerabwehrwaffen) sind bis zu einem Waffenstillstand und Friedensverhandlungen akzeptabel. Die Lieferung von Panzern und Kampfflugzeugen lehnen wir ab, um eine Ausweitung des Krieges zu vermeiden.**

Nicht nur in der Ukraine sterben täglich Menschen in verbrecherischen Kriegen. Es ist zutiefst heuchlerisch, wenn die Bundesregierung den russischen Angriff auf die Ukraine zum Anlass nimmt, kein russisches Öl und Gas mehr kaufen zu wollen, aber Ersatz dafür aus Staaten wie Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten bestellt, die den nach UNO-Angaben tödlichsten Krieg unserer Zeit im Jemen betreiben und ebenso autokratisch regiert werden wie Putins Russland. Dass nun auch wieder Waffengeschäfte mit diesen Ländern genehmigt werden, ist zynisch angesichts der Leiden der jemenitischen Zivilbevölkerung.

DIE LINKE. NRW setzt sich ein - für einen sofortigen Waffenstillstand und eine diplomatische Initiative im UkraineKrieg - für anschließende Friedensverhandlungen, durch die ein Rückzug der russischen Truppen erreicht, die Souveränität, territoriale Integrität und Sicherheit der Ukraine garantiert und langfristig ein System gemeinsamer europäischer Sicherheit mit Russland ermöglicht werden soll - für eine Verstärkung der humanitären Hilfe für die Ukraine und einen Schuldenschnitt - dafür, dass Menschen, die aus der Ukraine fliehen, ohne Unterscheidung der Herkunft und des Status' aufgenommen werden - dafür, dass Menschen, die vor anderen Kriegen fliehen, beim Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Sozialleistungen ukrainischen Geflüchteten gleichgestellt werden - für die Unterstützung und Aufnahme von Deserteur:innen und Kriegsdienstverweigerer:innen aus Russland, Belarus und der Ukraine, aber auch aus der Türkei und anderen Krieg führenden Staaten - für zielgerichtete Sanktionen gegen den militärisch-industriellen Komplex Russlands.

Es werden wirksamere Sanktionen benötigt, um Russland dazu zwingen zu verhandeln und die Waffen ruhen zu lassen. Alle EU-Sanktionen müssen daraufhin überprüft werden, ob sie dazu geeignet sind, die russische Kriegsführungsfähigkeit zu vermindern, ansonsten müssen sie beendet werden. Zudem sind sie mit Konditionen zu versehen, die deutlich machen, unter welchen Bedingungen sie generell wieder aufgehoben werden - für eine Vergesellschaftung aller Rüstungsunternehmen und ein Programm zur Umwandlung der Produktion in zivile Güter - für eine Umverteilung von Rüstungsausgaben zugunsten von Bildung, Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit - gegen die Aufrüstung der Bundeswehr und für ein Ende aller Auslandseinsätze.